

Hermann Fülberth
Sprecher DIE LINKE

Rede zum Haushaltsplan 2018
GR-Sitzung am 27.02.2018

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
Herr Oberbürgermeister und Mitglieder des Rates,

Im Gesamtergebnishaushalt – Ansatz 2018 – werden Erträge in Höhe von 77,7 Mio € sowie Aufwendungen in Höhe von 74,6 Mio € ausgewiesen, d.h. man rechnet mit einem voraussichtlich positiven Saldo in Höhe von 3,1 Mio €. Die Rücklagen unserer städtischen Bilanz erhöhen sich dann von 46,5 Mio € auf satte 49,6 Mio €. 2018 ergibt sich keine Netto-Neuverschuldung und stagniert bei ca. 16 Mio €, d.h. ca. 550 €/EW, der aber noch rund 500 €/EW aus dem Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung sowie Verpflichtungen gegenüber den 3 kommunalen GmbH's zuzurechnen sind.

Soweit – so gut?

Ist der vorgelegte Haushaltsplan nun der große Wurf oder eben nur ein 08/15 Produkt unserer Verwaltung? Daß das rund 500 Seiten starke Zahlenwerk den Vorgaben des Haushaltsrechtes entspricht, wird uns innere und externe Revision am Ende bestätigen. Der Gemeinderat als Kontrollorgan der Verwaltung – so gelesen am 23.2.2018 in den BNN – eine ausgesprochen mutige Aussage. Gestatten Sie mir hierzu ein Beispiel.

Ca. 280 MA in der Brettener Verwaltung, Kosten p.a. 15,4 Mio €, d.h. 20,6 % des Haushaltes.

Im vergangenen Jahr mußte der Gemeinderat in Sachen Personal einige Kröten schlucken, schlecht gepflegte Personaldecke, spez. im Dez. II, - mit nicht abgeflossenen (bearbeiteten) Investitionsaufträgen in Höhe von ca. 6 Mio €, Fehlentscheidungen an Führungskräften, z.B. Pressereferent, Feuerwehr, hohe Personalfluktuatation.

Um nun auf die Kontrollaufgabe des Gemeinderates zu kommen:

die Verwaltungsspitze verhindert vehement die vielfach angemahnte Offenlage des sog. Organisationsgutachtens. Unwesentliche Teile hieraus wurden im Schnelldurchgang dem Personalausschuß (nicht öffentlich) vorgelegt, der Rest verschwindet hinter dem Zauberwort Datenschutz. Die Verwaltung behält sich vor, welche Teile des Gutachtens umgesetzt werden sollen oder nicht. Den Gemeinderat geht das offensichtlich nichts an. Er soll lediglich den Brocken „Personalkosten in Höhe von 15 Mio €“ absegnen.

Allein das ist schon ein Grund dieser Vorlage nicht zuzustimmen.

Gestaltungsmöglichkeiten hat der Gemeinderat ohne Zweifel im Investitionsbereich, wenn auch nur mit den verfügbaren Mitteln. Wie Sie wissen, stehen die Kommunen am Ende der politischen Nahrungskette und bekommen seit Jahren von Bund und Ländern Aufgaben ohne ausreichende Finanzierung zugewiesen. Da werden Themen politisch angezettelt, die letztendlich durch die Kommunen zu bezahlen sind. Aktuelles Beispiel der kostenlose ÖPNV, eine sicher überlegendwerte Sache, hauptsächlich auszubaden durch die Kommunen.

56,6 % der investiven Auszahlungen im Finanzhaushalt 2018 sind für Baumaßnahmen vorgesehen, d.h. 7,3 Mio € für Erhaltungs- und Reparaturmaßnahmen, Hochwasserschutz, etc. Dies ist angemessen und verständlich, der große Wurf für eine zukünftige Stadtentwicklung sicherlich nicht.

Entsprechend der heute in den BNN veröffentlichten Entscheidung der CARITAS drängt sich die Frage auf, ob die nun frei gewordene Fläche unseres Filetstückes für einen Neubau des MGB genutzt werden kann. Beste Verkehrsanbindung, keine Probleme für die zwischenzeitliche Unterbringung der Schüler und freie Planung sind schlagende Argumente.

Zur vorausgegangenen Haushaltsklausur möchte ich vorschlagen, über die Oekonomie dieser Klausur nachzudenken. Die Zeit für stundenlanges Verlesen bereits schriftlich vorliegender Daten etc. könnte zweckdienlicher genutzt werden. An dieser Stelle meinen persönlichen Dank an die letzten Endes vom Brettener Bürger bezahlte ausgezeichnete Verpflegung und Unterkunft.

Abschließend möchte ich, wie so oft, mein Bedauern zum Ausdruck bringen, daß man „mein“ Thema „ordentliche Toilette in der Kernstadt“ wieder einmal auf den Sankt Nimmerleinstag“ verschoben hat.

Bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.

